



ARBEITER*INNEN STANDPUNKT

FÜR REVOLUTION, RÄTEDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

Zeitung der österreichischen Sektion der Liga für die Fünfte Internationale | Nr. 292 | Okt. 2022 | Preis: Spende



FÜR EINE ANPASSUNG DER LÖHNE!

ALEX ZORA

Aktuell stehen wieder die jährlichen KV-Verhandlungen der Herbstlohnrunde an. Bei den Metaller*innen gab es schon die Übergabe der Forderungen. Hier fordern die zuständigen Gewerkschaften PRO-GE und GPA eine Lohnerhöhung von 10,6 % für alle Beschäftigten im Metallbereich. Auch in anderen Branchen stehen die Verhandlungen an, wie beispielsweise im Sozialbereich (SWÖ-KV) oder bei den Eisenbahner*innen. Im Sozialbereich bleibt die Gewerkschaft mit ihrer Forderung nach einem Abschluss „deutlich über der Inflation“ um einiges vager, bei den Eisenbahner*innen hat die VIDA vorgezogene KV-Verhandlungen durchgesetzt. Insgesamt stellt sich inmitten der

höchsten Inflation seit einem halben Jahrhundert grundlegend die Frage wie sich die Gewerkschaftsbewegung in so einer Situation zu Lohnforderungen verhalten soll. Reicht es bei der althergebrachten Tradition der KV-Verhandlungen zu bleiben?

Die Regeln des Verhandeln

In „normalen“ Jahren ist das Ritual der KV-Verhandlungen recht einfach. Es wird eine durchschnittliche Inflationsrate der letzten 12 Monate ausgerechnet und als Grundlage (neben anderen Indikatoren) für die Lohnforderungen genommen. Dann gibt es mehrere Verhandlungsrunden und indessen besser organisierten Sektoren vielleicht auch einmal die eine oder andere Betriebsversammlung. In

außergewöhnlichen Situationen werden dann eventuell von gewerkschaftlicher Seite auch noch Kundgebungen oder Demonstrationen organisiert, für einen echten Streik muss aber ganz schön was passieren. Am Ende des ganzen gibt es dann einen Abschluss – je nach Branche – leicht über oder ▶

Inhalt:

Inflation	S.1
Regierung	S.3
Wahlen	S.4
Pakistan	S.5

www.arbeiterinnenstandpunkt.net

leicht unter der durchschnittlichen Inflationsrate der letzten 12 Monate. Diese Form der ritualisierten Verhandlungen bringt einerseits oft genug mehr als mäßige Ergebnisse ein, andererseits führt sie dazu, dass langfristig die Beschäftigten verlernen was der ÖGB nämlich eigentlich sein soll. Sich selbst bezeichnet der ÖGB nämlich in seinem Leitbild als „Kampforganisation“. Für viele Beschäftigte in Österreich ist er aber kaum von einer (halb)staatlichen Stelle wie der Arbeiterkammer oder dem Verein für Konsumenteninformation zu unterscheiden. Das drückt sich nicht nur in den seit den 80er Jahren fallenden Mitgliedszahlen aus – auch wenn sich dieser Trend in den letzten zehn Jahren verlangsamt hat. Wesentlich bei den Verhandlungen sind diverse wirtschaftliche Indikatoren für die Gehaltsforderungen, insbesondere die durchschnittliche Inflationsrate der letzten 12 Monate. Sie unterscheidet sich von der jährlichen Inflationsrate dahingehend, dass sie nicht die aktuellen Preise mit denen von vor einem Jahr vergleicht, sondern versucht die durchschnittliche Teuerung über das letzte Jahr verteilt zu ermitteln. Wenn es also zu einer steigenden Inflation kommt, hinkt sie deutlich der akuten Inflationsrate hinterher. Bei den Metaller*innen ist zum Beispiel Grundlage für die Verhandlungen eine durchschnittliche Inflationsrate der letzten 12 Monate von 6,3 %.

Weils heute teuer ist und nicht vorgestern

Hier sieht man auch schon wo das Problem ist, die Löhne werden rückwirkend für das letzte Jahr angepasst und nicht für das was wir aktuell zahlen müssen, geschweige denn im Winter fürs Heizen und den Strom. Das mag zwar in „normalen“ Zeiten nicht so schlimm sein und in Zeiten der sinkenden Inflation sogar vorteilhaft (weil ja rückwirkend

die höhere Inflation abgegolten wird), aber in der aktuellen Situation ist es für viele Leute eine Katastrophe. Wir haben dieses Jahr schon KV-Abschlüsse erlebt. So zum Beispiel im Mai als die KV-Löhne in der Chemischen Industrie um 4,95 % angehoben wurden, und das obwohl die Inflation im April schon mehr als 7 % betrug. Die nächste Erhöhung für die Beschäftigten dort steht erst wieder nächsten Frühling an, durch den kalten Winter und Inflationsraten von (aktuell noch) mehr als 9 % müssen sie mit den Erhöhungen von Mai durchkommen. In der heutigen Realität bedeutet das einen schmerzhaften Reallohnverlust.

Österreichweit droht laut WIFO dieses Jahr der größte Reallohnverlust seit 1955. Wir setzen diesem gefährlichen Reallohnverlust die gleitende Lohnskala entgegen. Andere Länder mit einer klassenkämpferischen Tradition hatten so ein System in der Vergangenheit, wie Frankreich in den 50er bis Anfang der 80er Jahre oder Italien in den 70er und 80er Jahren. Auch heute hat Belgien noch ein ähnliches System. Hier werden die Löhne in regelmäßigen Abständen automatisch an die Inflation angepasst. Doch die bisher implementierten Systeme hatten auch ihre Probleme. Auf der einen Seite macht unserer Meinung nach eine direkte Bindung an die Inflation nur Sinn, wenn die Inflation einen so hohen Wert erreicht hat, dass jährliche Kollektivvertragsverhandlungen mit dieser nicht mehr mithalten können. Ein anderes Problem ist die Frage wie denn der Wert für die Inflation ermittelt wird. Die offizielle Inflationsrate setzt sich durch den Verbraucherpreisindex (VPI) zusammen. Dieser wird in Österreich von der Statistik Austria berechnet. Basis ist der Konsum von Waren und Dienstleistungen. Der ist aber logischerweise nicht für alle Menschen

in Österreich gleich. Sehr oft steigt beispielsweise der Mini- oder Mikrowarenkorb, die einen wöchentlichen bzw. täglichen Einkauf repräsentieren sollen, um einiges stärker als die allgemeine Inflationsrate des VPI. Für die Lohnabhängigen ist daher nicht nur aktuell der Kampf um eine Bindung der Löhne an die Teuerung notwendig, sondern auch der Kampf darum wie denn diese Teuerung erst überhaupt definiert wird. Um die für die Arbeiter*innenklasse relevante Teuerung abgleichen zu können braucht es deshalb Preiskomitees, die die Teuerung der Produkte, die für uns wirklich relevant sind, abbilden können. Die Inflationsrate, die einer gleitenden Lohnskala zugrunde liegt, muss deshalb unsere Lebensrealität wiedergeben und durch Organe der Arbeiter*innenbewegung festgelegt werden! Auf ein letztes beliebtes Gegenargument wollen wir hier noch eingehen.

Von unterschiedlicher, aber insbesondere auch von gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Seite, ist oft das Argument zu hören, dass eine gleitende Lohnskala die Tarifautonomie (also unabhängig vom Staat ausgehandelte Kollektivverträge) aushöhlen bzw. abschaffen würde. Doch so ist die gleitende Lohnskala nicht zu verstehen. Auf der einen Seite sind das vermutlich realistische und naheliegendste Mittel der Durchsetzung einer gleitenden Lohnskala die einzelnen Kollektivverträge selbst bzw. für die gesamte Klasse ein Generalkollektivvertrag. Auf der anderen Seite muss klar sein, dass es bei KV-Verhandlungen nicht einfach nur um Inflationsanpassungen gehen kann und deshalb darüber hinaus führende Forderung (Realloohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen u.ä.) dann zum wesentlichen Inhalt solcher Verhandlungen werden könnten. ★

MASSNAHMEN DER REGIERUNG GEGEN TEUERUNGEN

TINA HOLZER

Für viele Menschen wird es in der nächsten Zeit knapp werden mit dem Geld. Zumindest ist das die Prognose. Die momentane Situation gibt schon einen gewissen Vorgeschmack darauf. Lebensmittel kosten jeden Monat mehr und man traut sich schon gar nicht mehr die Stromrechnung anzusehen, die man vor kurzem bekommen hat.

Von Seiten der Regierung wird eine Mischung aus Beruhigung und Haushaltstipps vorgeschlagen. Es ist eine überfordernde Situation für die Politik und man merkt durchaus eine widersprüchliche Vorgehensweise, ein Beruhigen aber zeitgleich auch Demonstrieren von Unwissenheit, was die nächste Zeit so bringt. In vielen europäischen Ländern haben sich Proteste und Streikbewegungen an den erhöhten Preisen entzündet und auch in Österreich gab es bereits Demonstrationen vom ÖGB.

Aber so richtig heiß mit dem heißen Herbst wurde es noch nicht. Das ist natürlich im Interesse der Regierung, die sich lieber aus der Affäre zieht und die Kosten der Krise auf die Lohnabhängigen abwälzen möchte. Dazu sind auch einige Maßnahmen geplant, die dazu dienen sollen, auf der einen Seite ökonomische Anreize zu stellen und auf der anderen möglichen Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es wurden bereits mehr als 30 Milliarden Euro ausgegeben um die Lebenshaltungskosten zu senken. Wie nachhaltig und wirksam sind diese Gelder aber eingesetzt worden? Am bekanntesten

sind der Energiekostenzuschuss, den viele Menschen schon ausgezahlt bekommen haben, und der Klimabonus. Bei beiden handelt es sich um Einmalzahlungen, die zur Aufrechterhaltung der Kaufkraft dienen sollen. Das sind Maßnahmen die nicht unbedingt schlecht sind, sich einer relativ hohen Popularität erfreuen, aber langfristig eigentlich kaum Wirkung zeigen. Maßnahmen wie die Strompreiskostenbremse und Wohnschirm, der vor Delogierungen schützen soll, sind langfristiger ausgelegt, sind aber ein wenig schwammig bzw. stellen eigentlich nur eine minimale Absicherung dar.

Bei der Strompreiskostenbremse werden die Preise bis zu 2.900 kWh gedämpft und es soll damit gleichzeitig zum Energiesparen anregen. Also auch wieder eine Basis-Unterstützung gepaart mit Haushaltstipps um die Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Neben Anpassungen von Sozialleistungen (die sowieso bei jeder Inflation angepasst gehören und nicht nur, wenn die Inflationserwartungen bei über 5% liegen) ist für die Regierung aber natürlich die Unterstützung von Unternehmen sehr zentral. Obwohl sie zu den größten Energieverbrauchern gehören, werden hier nur selten Haushaltstipps verteilt. Stattdessen gibt es Unterstützungen für energieintensive Unternehmen, Senkung der Lohnnebenkosten und Senkung der Energieabgaben. Was versucht wurde ist in diesen Maßnahmen auch die Klimafrage stark einzubinden.

Das äußert sich in Ökostromförderbeitrag und Unterstützung für Betriebe zum raschen Umstieg auf alternative dekarbonisierte Antriebsformen. Ob diese Maßnahmen greifen bleibt fraglich. Too little, too late ist leider häufig das Motto der Regierung, wenn es um die Klimakrise geht.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Maßnahmen zwar auf jeden Fall eine Teil der Kosten abfangen aber nicht ausreichend sind. Spannend ist, dass es für die Bevölkerung fast nur Einmalzahlungen gibt und die systematischeren Maßnahmen entweder nur leichte Erhöhungen von Zahlungen sind, die eigentlich schon vor Jahren angepasst hätten werden sollen, oder zeitlich begrenzt sind (wie der Wohnschirm und die Stromkostenpreiskostenbremse). Das ist politisch insofern gefährlich, weil es ein Ablekungsversuch der Regierung ist und unter anderem das Ziel hat, Arbeitskämpfe und Protestbewegungen von Anfang an abzufedern. Damit entgehen uns die Verbesserungen, die wir erreichen könnten, wenn wir tatsächlich dafür kämpfen würden.

Einige Unternehmen verdienen sich momentan eine goldene Nase an den gestiegenen Energiepreisen. Zeitgleich werden die Verluste von Unternehmen vom Staat – und damit zum Großteil von unserem Steuergeld – gezahlt. Wenn hier schon die Kosten von der Gesellschaft getragen werden, warum sollen die Betriebe dann nicht auch in das Eigentum der Gesellschaft übergehen? ★

BUNDESPRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

FLO KOVÁCS, HEIDI SPECHT

Inzwischen ist die langwierigste Wahl der österreichischen Geschichte bald sechs Jahre her. Das bedeutet, wir befinden uns mitten im erneuten Wahlkampf um das Bundespräsidentenamt der Republik Österreich. Inmitten der höchsten Teuerung der vergangenen fünfzig Jahre wird dabei Alexander van der Bellen, das personifizierte bürgerliche Gewissen der vergangenen sechs Jahre, vor allem von rechts herausgefordert. Weder SPÖ noch ÖVP stellen eigene Kandidat*innen auf.

Van der Bellen hat es also seit seiner Wahl 2016 geschafft, diejenigen Sympathien zu behalten, die er damals hauptsächlich zur Verhinderung des Burschenschafters Norbert Hofer bekommen hatte. Darüber hinaus betrachten ihn viele Menschen nach einer Amtsperiode als fähigen Amtsinhaber, dessen Wiederwahl der beste Weg der Kontinuität zu sein scheint. Sein Wahlkampf besteht hauptsächlich aus vier verschiedenen Plakaten mit Themen, die jenen vor sechs Jahren stark ähneln, heimatverbunden und staatstragend. Weiterhin sucht er seine Stimmen besonders stark im konservativen Lager, was andeutet, dass er sich auf Seiten der „linken“ Bevölkerungsschichten ohnehin als alternativlos sieht.

Auf dem Wahlzettel finden wir mehr Namen von Kandidaten aufgeführt als jemals zuvor. Michael Brunner, Gründer der Anti-Coronamaßnahmen-Partei MFG beschränkt

sich weiterhin auf genau dieses eine Thema. Tassilo Wallentin und Gerald Grosz unterscheiden sich hauptsächlich durch die Boulevardmedien, aus denen sie bekannt sind und darin wie präsent sie davor in FPÖ oder BZÖ aktiv waren. Alle drei liebäugeln mit einer autoritären Auslegung des Amtes und versprechen die sofortige Entlassung der Bundesregierung. Heinrich Staudingers Verhältnis zum Rechtsextremismus geht wohl nicht über (inzwischen entfernte) Hitlerzitate auf seiner Firmenhomepage hinaus. Er bleibt jedoch ein Unternehmer, der seine Gewinne unter anderem aus der Ausbeutung von Häftlingen in Krems-Stein generiert. Keiner dieser vier Kandidaten hat allerdings realistische Chancen, auch nur in die Stichwahl zu kommen.

Vielmehr stellt sich die Frage, ob Van der Bellen im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit holt oder sich einem zweiten Wahlgang stellen muss. In diesem würde er aller Voraussicht nach gegen Walter Rosenkranz antreten. Der von der FPÖ ins Rennen geschickte Kandidat ähnelt in vielen Punkten dem Anwärter bei der letzten Bundespräsidentenwahl, Norbert Hofer. Er ist ebenso Mitglied einer deutschnationalen, schlagenden Burschenschaft und vertritt in der Partei jenen Flügel, der die offenen Beziehungen zu diesen Verbindungen pflegen möchte. Wie seine rechtspopulistischen Konkurrenten hat auch er vor, nach einem Wahlsieg die Regierung zu entlassen und die Kompetenzen des bisher

formal-repräsentativ ausgelebten Präsidentenamts auszuschöpfen. Wir bleiben bei unserer Analyse des Amtes als autoritäres Kontrollgremium und fordern weiterhin seine Abschaffung.

Besonders von linksliberaler Seite kommen Aufrufe, Dominik Wlazny (alias Marco Pogo) zu unterstützen, wohl auch aus Enttäuschung über den Amtsinhaber. Immerhin erscheint er oberflächlich als zumindest weniger bürgerlich als die anderen sechs Kandidaten und steht, mit Ausnahme seiner Bezirkspolitik in Wien Simmering, außerhalb der politischen Sphäre. Er setzt auf Aufrüstung, konsequente Abschiebungen in „sichere Staaten“ und Senkung von Lohnnebenkosten. Seine Strategie gegen die Teuerung ist es, „die Leute zum Sparen [anzuregen], weil sparen werden wir alle müssen“. Bereits einer dieser Punkte disqualifiziert jemanden als „linken“ Kandidaten, die Summe macht es nicht besser.

Aus marxistischer Sicht bleibt uns selbst unter sieben Kandidaten also keine Wahl. Niemand auf dem Wahlzettel vertritt die Lohnabhängigen oder hat eine Verankerung in der Arbeiter*innenbewegung. Die drei nicht rechtspopulistisch Auftretenden sind entweder selbst Unternehmer oder liberaler Ökonom. Das höchste Amt im bürgerlichen Staat wird von einem Bürgerlichen besetzt werden, die arbeitende Klasse hat keine Chance auf einen Vertreter. ★

PAKISTAN: FLUTKATASTROPHE

PERAL AZAD

Offiziellen Schätzungen zufolge haben die Überschwemmungen in Pakistan bereits mehr als 1.100 Todesopfer gefordert, die endgültige Zahl dürfte noch weitaus höher liegen.

Der diesjährige Monsun in Pakistan hat sich als ungewöhnlich lang und zerstörerisch erwiesen. In den Provinzen, Regionen und Territorien Sindh, Belutschistan, Khyber Pakhtunkhwa, Gilgit-Baltistan (Sonderterritorium, keine Provinz, Teil Kaschmirs; ehemals: Nordgebiete genannt) und Süd-Punjab wurden Millionen von Häusern zerstört und Vieh millionenfach vernichtet. Die Flutmassen schwemmen Straßen hinweg, Nah- und Fernverkehrswege waren davon betroffen. Das Stromnetz wurde massiv beschädigt. Die Menschen in diesen Regionen haben nichts zu essen und hungern. Auch Trinkwasser ist für die Arbeiter*innen und die Armen nicht verfügbar. Verschiedene Krankheiten breiten sich aus, aber es gibt kein Behandlungssystem. Der Staat bietet der einfachen Bevölkerung keinerlei Hilfe und Unterstützung an, auch nicht denjenigen, die sich an den Hilfsaktionen beteiligen, doch nur die regionale und die zentrale Regierung können die erforderlichen Mittel, Ressourcen und technischen Geräte bereitstellen.

Die Flut und ihre Folgen sind nicht einfach eine Naturkatastrophe, als welche sie von der Regierung, den Politiker*innen und den Intellek-

tuellen in den Medien dargestellt wird. Sie sind das Ergebnis einer kapitalistischen Entwicklung, in der der Profit des Kapitals Vorrang vor dem menschlichen Leben und der Umwelt genießt. Sie haben sich im Vergleich zu früheren Jahren und Jahrzehnten verschlimmert. Darüber hinaus gibt es im südlichen Punjab und im Sindh Berichte, dass

erhielten vor einigen Wochen eine zusätzliche Subvention in Höhe von 60 Milliarden Rupien, während die Zentralregierung nur 15 Milliarden Rupien (etwa 68 Millionen US-Dollar) für ganz Sindh ankündigte. Gleichzeitig wurden Milliarden ausgegeben, um den 14. August, den pakistanischen Unabhängigkeitstag, zu feiern, ein symbolischer

“Der diesjährige Monsun in Pakistan hat sich als ungewöhnlich lang und zerstörerisch erwiesen. In den Provinzen, Regionen und Territorien Sindh, Belutschistan, Khyber Pakhtunkhwa, Gilgit-Baltistan (Sonderterritorium, keine Provinz, Teil Kaschmirs; ehemals: Nordgebiete genannt) und Süd-Punjab wurden Millionen von Häusern zerstört und Vieh millionenfach vernichtet.

die Flut in die Dörfer umgeleitet wurde, um den Besitz von Großgrundbesitzer*innen und Eliten zu schützen.

Die Regionen Sindh und Belutschistan waren als Erste betroffen, aber die Katastrophe breitet sich auch in Süd-Punjab und Khyber Pakhtunkhwa aus. Millionen von Menschen sind obdachlos geworden, und viele sind gezwungen, trotz der starken Regenfälle im Freien zu leben.

Anstatt Maßnahmen zu ergreifen, um die einfache Bevölkerung vor der Bedrohung durch Überschwemmungen zu schützen, lässt der Staat jedes Jahr rund 2.700 Milliarden Rupien (etwa 12 Milliarden US-Dollar) in die Taschen von Großkapitalist:innen und Eliten fließen. Die Exporteur:innen

Tag für die herrschende Klasse.

Die Provinzregierung von Sindh hat es völlig versäumt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung vor den außerordentlichen Verlusten durch diese Regenfälle zu schützen, obwohl die ungewöhnlichen Regenfälle im Voraus angekündigt worden waren.

Die von der Pakistanischen Volkspartei geführte Provinzregierung hat vielmehr im Interesse von Malik Riaz und anderen Kapitalist*innen und Großgrundbesitzer*innen gehandelt. Ihre Fabriken und Großplantagen wurden geschützt, anstatt einer Strategie zur Bekämpfung der bevorstehenden Katastrophe und zum Schutz der Masse der Bevölkerung Priorität einzuräumen.

In Belutschistan hat sich die Katastrophe seit mehr als einem Monat

entwickelt, und wasserwirtschaftliche Praktiken haben eine wichtige Rolle bei der Verwüstung gespielt. Dämme und verschiedene andere Bauwerke und Siedlungen wurden an Stellen errichtet, die den natürlichen Fluss des Regenwassers beeinträchtigten. Infolgedessen wurden Straßen überflutet, die für jede Hilfsmaßnahme unerlässlich

doch in 12 Jahren wurden keine Lehren daraus gezogen. Schlimmer noch: Politiker*innen und Eigentümer*innen, die der Verwaltung angehören, haben illegal Hotels und Märkte an den Ufern der Flüsse gebaut. Deren Besitzer*innen pflegen Verbindungen zu verschiedenen politischen Parteien und spenden riesige Geldbeträge,

ben, und Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die eine Wiederholung der Katastrophe in den kommenden Jahren verhindern können.

Die Masse der Menschen ist erschüttert vor Verzweiflung, Wut und Hass auf die Regierung und die Reichen, die sie wieder einmal durch Ignoranz und Profitgier im Stich gelassen haben. An vielen Orten haben Proteste stattgefunden, und weitere werden folgen. Sozialist*innen, die ganze Arbeiter*innenbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte sollten sie unterstützen und sich einmischen.

Sie müssen auf die Bereitstellung sofortiger und kostenloser Hilfsgüter für die betroffenen Regionen, für die Städte und das Land drängen. Es sollten mehr Proteste organisiert werden, um zu fordern, dass alle staatlichen Mittel sofort für Hilfsarbeiten zur Verfügung gestellt werden, die von den Kapitalist*innen und den Reichen bezahlt werden. Von Großgrundbesitzer*innen, Export- und Bauunternehmen sollten massive Steuern erhoben werden, um den Flutopfern zu helfen.

Wir brauchen einen Plan zum Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Infrastrukturen und zur Entschädigung der Opfer der Überschwemmungen. Angesichts des Versagens des Staates, wirksame Unterstützung zu organisieren, müssen die Arbeiter*innen, Bauern, Bäuerinnen und Armen für die Kontrolle über alle Hilfsprogramme kämpfen. Sie sollten lokale Räte in den Städten und auf dem Land bilden, um sicherzustellen, dass die Hilfe an die Bedürftigen gelangt und der Wiederaufbau von Häusern und Infrastruktur entsprechend den Sicherheitsanforderungen und Bedürfnissen der vielen und nicht der wenigen erfolgt. ★

“ Auch in Pakhtunkhwa im Norden des Landes hat sich die Lage in den letzten Tagen dramatisch verschlechtert. Wolkenbruchartige Regenfälle haben dazu geführt, dass große Flüsse wie der Swat, der Kabul und der Panjkora über die Ufer getreten sind und Tausende von Häusern sowie Straßen und Brücken weggespült haben.

sind. Erst jetzt, da die Überschwemmungen die Stadt Quetta überflutet haben und auf andere Provinzen übergreifen und die Profite des Kapitals bedrohen, hat die herrschende Klasse begonnen, das Problem zur Kenntnis zu nehmen. Als die Überflutungen nur die ländlichen Gebiete und Dörfer betrafen, wurden sie ignoriert.

Auch in Pakhtunkhwa im Norden des Landes hat sich die Lage in den letzten Tagen dramatisch verschlechtert. Wolkenbruchartige Regenfälle haben dazu geführt, dass große Flüsse wie der Swat, der Kabul und der Panjkora über die Ufer getreten sind und Tausende von Häusern sowie Straßen und Brücken weggespült haben. Tausende von Reisenden sind durch Erdbeben eingeschlossen worden.

Der Monsun bringt jedes Jahr die Gefahr von Überschwemmungen mit sich, aber die Bundes- und Provinzregierungen Pakistans haben keine Strategie entwickelt, weil sie sich nicht um die Werktätigen und die Armen in Stadt und Land kümmern. Die Flutkatastrophen von 2010 waren besonders schlimm,

die den Mitgliedern der Versammlung und sogar den Minister*innen zugutekommen. Indem sie den Flusslauf behindern, tragen sie dazu bei, dass die Überschwemmungen noch verheerender werden und die Menschen noch mehr Schaden nehmen. Im Swat-Tal sind in den sozialen Medien Videos von verschiedenen Hotels zu sehen, die bei Überschwemmungen zusammengebrochen sind. Die meisten dieser Hotels und Gebäude wurden an den Ufern des Flusses gebaut.

In dieser Situation bildeten die Bemühungen der örtlichen Bevölkerung und einiger Nichtregierungsorganisationen die einzigen Kräfte, die versucht haben, die Menschen zu schützen und Hilfe, Unterkünfte und Nahrungsmittel bereitzustellen. Natürlich ist die Beteiligung an den Hilfsmaßnahmen eine sehr wichtige Aufgabe für alle, aber damit kann nicht einmal der dringendste Bedarf gedeckt werden.

Darüber hinaus sind umfangreiche Mittel und Ressourcen erforderlich, um zerstörte Häuser wiederaufzubauen, diejenigen zu entschädigen, die ihr Hab und Gut verloren ha-

UNTERSTÜTZT DIE WORKERS AND YOUTH RELIEF CAMPAIGN!

WORKERS AND YOUTH RELIEF CAMPAIGN

In Pakistan begannen die Überschwemmungen im Juni und erreichten Mitte August ihren Höhepunkt, wobei selbst nach offiziellen Angaben, die wahrscheinlich zu niedrig angesetzt sind, fast 1.500 Menschen ums Leben kamen. Etwa 1,7 Millionen Häuser wurden zerstört und die Hälfte der 160 Bezirke des Landes offiziell zu „Katastrophengebieten“ erklärt. Nach Berichten der pakistanischen Katastrophenschutzbehörde wurden rund 7.000 Kilometer Straßen weggespült und 250 Brücken zerstört.

Ersten Schätzungen zufolge wurden 65 Prozent des pakistanischen Nahrungsmittelanbaus, darunter 70 Prozent des Reises, während der Überflutungen weggeschwemmt. Darüber hinaus wurden 3 Millionen Rinder getötet und insgesamt 45 % der landwirtschaftlichen Flächen zerstört. Nach ersten Schätzungen belaufen sich die Gesamtschäden auf mehr als 30 Milliarden US-Dollar. Diese Zahlen und Schätzungen werden wahrscheinlich noch weiter steigen, denn die Flut ist noch lange nicht vorbei.

Dies ist die schwerste humanitäre Krise in der Geschichte Pakistans. Soziale Organisationen, Basisaktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Sozialist*innen und junge Menschen führen Kampagnen durch und sammeln Lebensmittel, Kleidung, Medikamente und Binden für Frauen, da die Regierung nur sehr langsam reagiert und die Hilfe der UNO im Vergleich zum Aus-

maß der Zerstörung sehr gering ist. Während Millionen Menschen leiden, wird das Land gleichzeitig durch die vom Internationalen Währungsfonds auferlegten Kürzungen und Sparmaßnahmen sowie durch eine Politik, die das Vermögen und den Besitz der Kapitalist*innen und Großgrundbesitzer*innen schützen soll, zerstört.

Die Workers and Youth Relief Campaign (Arbeiter*innen- und Jugendhilfskampagne) wurde von jungen Menschen, Gewerkschaften und Sozialist*innen gegründet, um Geld und Hilfsgüter für die von den Überschwemmungen Betroffenen zu sammeln. Sie wird von der Revolutionären Sozialistischen Bewegung, der Gewerkschaft der Hausangestellten und Heimarbeiter:innen und der Gewerkschaft der Rikschafahrer*innen im Punjab unterstützt. Sie hat in einer Woche 146.000 Rupien sowie Lebensmittel, Medikamente, Decken und andere Hilfsgüter zusammengetragen, die in die betroffenen Gebiete geschickt werden sollen.

Krankheiten und schwerwiegende Engpässe an Nahrungsmittel breiten sich in den heimgesuchten Gegenden aus. Es wird zwei Monate dauern, ehe die Wassermassen abgefließen sein werden, und das wiederum wird die Aussaat für die nächste Weizenernte verhindern. In der Folge müssen Lebensmittel eingeführt werden. Auch schon vor den Überschwemmungen stiegen die Preise an. Die Inflationsrate lag bei 27,3 %.

Die Armen und Besitzlosen Pakistans brauchen dringend eine

Notversorgung mit elementaren Nahrungsmitteln und anderen Gütern. Wir rufen die Brüdern und Schwestern der internationalen Arbeiter*innenbewegung auf, der Basiskampagne in Pakistan Hilfe zu leisten als Antwort auf diese Krise.

Solidarische Spenden allein, so wichtig sie auch sind, werden das Ausmaß der Zerstörung nicht wettmachen können. Solidaritätsspenden, so wichtig sie auch sein mögen, werden die Zerstörung nicht ausgleichen können. Deshalb rufen wir alle Arbeiter*innen-, Jugend- und fortschrittlichen Organisationen auf, für den Schuldenerlass, die Abschaffung des IWF-Sparprogramms, die Zahlung durch die Reichen und die bedingungslose Hilfe der imperialistischen Länder zu kämpfen!

An der Workers and Youth Relief Campaign beteiligen sich in Pakistan: Home-based and Domestic Workers' Union, Punjab Rikshaw Drivers' Union, Daily Wage Workers, Revolutionary Socialist Movement

Spenden über PayPal:



Kennwort: Relief Campaign



WER WIR SIND

Der Arbeiter*innenstandpunkt ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Unser Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt. Diese Gesellschaft kann nicht durch stetige Reformen erreicht werden, sondern erfordert einen radikalen, revolutionären Bruch der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den heutigen kapitalistischen Zuständen. Deshalb unterstützen wir alle Kämpfe, Aktionen und Forderungen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die Keimform einer größeren, zukünftigen Arbeiter*innenbewegung sind.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen, kann nur international geschaffen werden. Wir haben daher nichts mit den Regimen des ehemals „real existierenden Sozialismus“ gemein. In diesen Staaten herrschte nicht das arbeitende Volk, sondern eine bürokratische Kaste, die das Proletariat unterdrückte und sich selbst bereicherte. Wir treten für eine Rätedemokratie ein, d.h. die demokratische Machtausübung der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst durch direkte Wahl und Abwahl von Delegierten, auf die sich die Regierung, die Staatsgewalt und sämtliche Verwaltungsgremien stützen.

Als Arbeiter*innenstandpunkt sind wir in sozialen Bewegungen und

Klassenkämpfen aktiv und kämpfen dort für ein Programm im Sinne der gesamten Arbeiter*innenklasse. Unser Hauptanliegen ist es, die politischen und ökonomischen Teilkämpfe, z.B. am Arbeitsplatz, mit einer allgemein-politischen Perspektive zu verbinden, die über das Bestehende hinausweist und der Arbeiter*innenklasse zur Einsicht in ihr gesamtgesellschaftliches Klasseninteresse verhilft.

Der Kapitalismus fordert tagtäglich unzählige Opfer und zerstört Menschenleben – durch Hunger, Krieg und Unterdrückung. Kämpfe mit uns für den Aufbau einer neuen Partei der sozialistischen Revolution.

Spenden an „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ | IBAN AT64 2011 1844 4414 4800 | BIC GIBAAWXXX

WEITERE PUBLIKATIONEN:

zu bestellen unter:
info@arbeiterinnenstandpunkt.net

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00 BLZ 12000 Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des periodischen Druckwerks „Arbeiter*innenstandpunkt“ ist zu 100% die Partei „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiter*innenbewegung.



Broschüre zur „Aufbruch“-Kampagne: Lehren für linke Organisation

Eine Sammlung unserer Debattenbeiträge, Artikel und Flugblätter aus der Zeit als wir uns an der

„Aufbruch“-Kampagne beteiligten.
2020 - 36 Seiten A5 - 2,50 Euro



Revolutionärer Marxismus 54: Umweltkrise: Eine Krise des Kapitalismus

Der Kapitalismus sprengt die ökologischen Grenzen unseres Planets. Diese Krise kann nicht unabhängig von der zugrunde liegenden Produktionsweise getrennt werden. Mit Kritiken der Strömungen der Umweltbewegung.

2021 - 230 Seiten A5 - 10 Euro

www.arbeiterinnenstandpunkt.net